



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/2

5. Januar 1949

Die Debatte um eine verordnete Freiheit

Von Rudolf Gerstung, Sozialreferent beim Parteivorstand der SPD

Die Auseinandersetzungen um die Gewerbefreiheit werden zum Teil mit Argumenten geführt, die einer sachlichen Erörterung abträglich sind. Das zeigte sich besonders deutlich anlässlich der Entscheidung der amerikanischen Militärregierung, bis spätestens 20.12.48 alle Beschränkungen in der Gewerbezulassung, mit Ausnahme des öffentlichen Gesundheitswesens, der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Wohlfahrt, aufzuheben. Die Flut sehr gefühlsbetonter Erklärungen zu dieser Entscheidung verlagerte häufig die Debatte über Fachfragen auf die politische Ebene, wobei die sachlichen Gründe für und wider die Gewerbefreiheit in ihrer Bedeutung entweder herabgemindert wurden oder aber eine Schärfe erhielten, die jede andersartige Auffassung als politischen Verrat diffamierte.

Es sind zwei völlig verschiedene Dinge, ob man sich dagegen wehrt, daß die Militärgouverneure in die Arbeit der deutschen gesetzgebenden Körperschaften eingreifen, oder ob man beispielsweise die Bedeutung des "großen Befähigungsnachweises" zu vertreten hat. Die von der amerikanischen Militärregierung verordnete Gewerbefreiheit will die gleichen Chancen für alle bieten und die gleichen Rechte für jeden, sich zu betätigen. Die in Gewerbe und Handel vorhandenen Bindungen wurden als "mittelalterlich" bezeichnet und sollen wegfallen. Demgegenüber betonen insbesondere die Handwerkerkreise, daß die vorhandene Handwerksordnung gewachsen und geworden und daß es falsch sei, mit amerikanischen Begriffen und Vorstellungen deutsche Verhältnisse ordnen zu wollen.

An fachlichen Gründen gegen die völlige Gewerbefreiheit werden angeführt:

1. Durch die Gewerbefreiheit dringe der "Pfuscher" in das Handwerk ein und beeinträchtige die handwerkliche Qualitätsarbeit.
2. Dadurch werde die Qualität der notwendigen Exportgüter vermindert.
3. Die Minderung des handwerklichen Fachkönnens verhindere die richtige Durchführung der spezifischen Aufgaben des Hand-

werks: Instandsetzung und Instandhaltung.

4. Es erfolge ein Einströmen unerwünschter Elemente in die Gebiete der Gewerbefreiheit bei einer länderweisen Regelung.
5. Es sei zu befürchten, daß wertvolle Fachkräfte auswandern.
6. Wertvolle Rohstoffe würden vergeudet oder nicht richtig ausgenutzt.
7. Der Konsument sei den Geschäftemachern schutzlos preisgegeben.

Politische Argumente:

1. Die verordnete Gewerbefreiheit sei eine Bevormundung durch die Besatzungsmacht.
2. Die demokratische Entwicklung werde durch derartige Eingriffe gehemmt.
3. Die Aufhebung der Prüfungsbestimmungen bedeute eine Herabminderung des handwerklichen Könnens und wirke sich als indirekte Demontage aus.

Gefühlsbetonte Argumente:

1. Der Schwarzhändler dürfe nicht der künftige Kaufmann werden.
2. Die Steuermoral werde verschlechtert.
3. Die Gewerbefreiheit führe zum Gewerbechaos.

Ausgesprochener Gegner der Gewerbefreiheit ist außer dem Handwerk auch der Großhandel. In den Kreisen des Einzelhandels wird die Gewerbefreiheit teils begrüßt, teils abgelehnt. Begrüßt wird sie von den Sprechern der Flüchtlinge, von denen es heißt, daß sie die verordnete Gewerbefreiheit geradezu als Weihnachtsgeschenk empfunden hätten. Aus Handwerkskreisen wird zwar gesagt, den Flüchtlingen seien bei der Zulassung keine wesentlichen Schwierigkeiten gemacht worden, die Begeisterung der Flüchtlinge aber über die Gewerbefreiheit läßt zumindest anderes vermuten. Eine Lösung des Problems, bei der die Flüchtlinge in ihrer großen Mehrzahl außerhalb stehen, geht, so scheint es uns, an dem eigentlichen Problem einer neuen gewerblichen Ordnung vorbei. Es ist zu überlegen, welche neuen Formen gefunden und entwickelt werden können, um die positiven Elemente der alten Ordnung zu stärken, insbesondere um die Qualität des handwerklichen Könnens zu sichern. Den Fragen der industriellen Lehrlingsausbildung beispielsweise ist im Zusammenhang mit einem wesentlichen Ausbau der Berufsberatung besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Darüber wird in Kürze mehr zu berichten sein.

Äußerstes Mißtrauen

sp. Gewiß nicht leichten Herzens hat die sozialdemokratische Fraktion in Bonn mit Stimmenmehrheit beschlossen, im Interesse einer möglichst schnellen Erledigung der Arbeiten am Grundgesetz auf die Fortsetzung des Konfliktes mit dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Dr. Konrad Adenauer, zunächst zu verzichten. Das äußerste Mißtrauen gegen diesen Präsidenten und die unzureichende Art seiner Geschäftsführung, soweit es in dem bekannten Brief der sozialdemokratischen Fraktion zum Ausdruck gekommen war, bleibt von dieser Tatsache unberührt. Die SPD hat damit erneut bewiesen, daß bei ihr, im krassen Gegensatz zu den Behauptungen der CDU, staatspolitische Überlegungen den Vorrang vor parteipolitischen Zielsetzungen haben, denn bei der fragwürdigen Position Adenauers nach seinen mehrfachen Mißgriffen am Ende des vergangenen Jahres, hätte es für die SPD schon recht reizvoll sein können, die Dinge weiter zu treiben, zumal sie in ihrer Ablehnung der Adenauerschen Praktiken der Zustimmung auch zahlreicher Politiker aus bürgerlichen Parteien sicher sein konnte.

Bei diesem Konflikt ging es ja nicht allein um die Stellungnahme zum Ruhrstatut, um die Gründe für das Scheitern einer gemeinsamen Erklärung dazu und um die Begleiterscheinungen jener Kontroverse. Es ging und geht weiter um die ganze Haltung der CDU gegenüber der SPD, soweit sie vor allem durch Dr. Adenauer inspiriert wird. Für eine große Partei wie die SPD ist es eben auf die Dauer untragbar, daß man sie in der Form, in der das in letzter Zeit so oft geschehen ist, brüskiert und die selbstverständliche Zurückweisung solcher Herausforderungen nicht anders als mit neuen Verdächtigungen beantwortet. Es ist kein parlamentarischer Brauch, von einem der wesentlichen Gegenspieler als einem Hazardeur zu sprechen und hinzuzufügen, man müsse es sich überlegen, ob es Sinn habe, sich mit ihm oder seinesgleichen noch irgendwann einmal vertraulich zu besprechen. Es ist höchst ungewöhnlich, genauer gesagt, beleidigend, wenn der Präsident eines Parlamentes eine große Anzahl, freilich ungenannter Mitglieder dieses Gremiums, in allgemeinen Wendungen verdächtigt, sie liessen sich auf Cocktail-Parties von Offizieren der Besatzung ihr Wissen um vertrauliche Dinge entlocken. In diese Linie gehört es auch, daß der offizielle Pressedienst der CDU sehr häßliche politische Verdächtigungen gegen Carlo Schmid und seine französischen Beziehungen zwar vorsichtigerweise nicht klar ausgesprochen, aber umso nachdrücklicher angedeutet hat und daß dieser Dienst in ausführlicher Darstellung den Beweis zu erbringen versuchte, die SPD sei "der Totengräber der Demokratie".

In diesem Zusammenhang muß man auch auf die widerspruchsvolle Haltung Adenauers *hier* (der seinerzeit die relativ glimpflichen Londoner Empfehlungen zum Anlaß für eine große gemeinsame Protestaktion machen wollte, während das sehr viel

viel weiter gehende Ruhrstatut von ihm kaum kritisiert worden ist. Ein weiterer Widerspruch liegt darin, daß Adenauer in seiner Eigenschaft als Präsident des Parlamentarischen Rates das Recht für sich in Anspruch genommen hat, vor der endgültigen Klärung einer innerdeutschen Frage mit den Vertretern der Besatzungsmacht zu verhandeln, ein Recht, das er seinerzeit dem Innenminister von Nordrhein-Westfalen entschieden bestritt, als dieser zusammen mit Ministerpräsident Arnold den Entwurf zur Verfassung des Landes Rheinland-Westfalen der Militärregierung zur Stellungnahme vorlegte, wozu Menzel nach den geltenden Bestimmungen, im Gegensatz zu der Situation in der Frage des Grundgesetzes, verpflichtet gewesen ist.

Dies ist der Kern: Herr Dr. Adenauer ist nach sozialdemokratischer Vorstellung ein allzu wendiger Politiker, als daß man von seiner politischen Zuverlässigkeit soviel halten könnte, wie das bei einer Persönlichkeit notwendig ist, die ein sehr hohes und zur Überparteilichkeit besonders verpflichtendes Amt bekleidet. Ausschließlich die Dringlichkeit der Arbeit am Grundgesetz verhindert die Sozialdemokratie, sichtbarere Konsequenzen aus dieser ihrer Einstellung zu ziehen.

(1/51/hs)

Zum Tode Alexander Steins

sp. Am 19. Dezember starb Alexander Stein, einer der aufrechtsten Kämpfer der alten Garde der deutschen Arbeiterbewegung in New York, an den Folgen einer Operation. In Libau geboren, studierte Stein in Riga, wurde frühzeitig in der demokratisch gerichteten Emanzipationsbewegung in Rußland tätig, kam in jungen Jahren nach Deutschland und schloß sich der Sozialdemokratie an. Er wurde im Laufe des ersten Weltkrieges in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei aktiv und war zur Zeit der Oktoberrevolution in Rußland neben Karl Kautsky einer der ersten Sozialisten, die die Gefahr des Bolschewismus erkannt hatten. Nachdem er 1918-22 die politische Redaktion des USP-Zentralorgans "Die Freiheit" geführt hatte, wurde er bei der Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien in die Redaktion des "Vorwärts" berufen und 1925 mit der Leitung des Reichsbildungs-Ausschusses betraut, wo er sich um die geistige Hebung der deutschen Arbeiter hervorragende Verdienste erworben hat. Er war einer der besten Kenner des wissenschaftlichen Sozialismus und mußte 1933 das Land verlassen. Im Exil in Prag schrieb er vor allem für die "Sozialistische Aktion", die in Tausenden von Exemplaren über die Grenze gebracht und zur geistigen Nahrung der Anti-Nazis in der Untergrundbewegung wurde. Das nächste Exil von Stein war Paris, zuletzt diente er mit seinem geschichts-philosophischen Wissen der politischen Emigration in New York.

Die Korruptionsaffäre im englischen Handelsministerium

Dr. M. London

Die Tore des ehrwürdigen Church Hauses in Westminster haben sich geschlossen. Durch volle 26 Tage waren seine Hallen erfüllt von dem Geschwirr unzähliger Worte, von dem Knistern von Akten und von dem Rascheln der Roben von Staatsanwälten und Verteidigern. Dem hier wurde eine "Großinquisition" abgehalten, eine eingehende Untersuchung von Ministern, Bankdirektoren und Industriellen, deren Charakter zweifelhaft scheint. 58 Zeugen waren verhört, 40 Anwälte, einschließlich der elf "King's Counsel", der "königlichen Berater", aufgeboten worden, um die Interessen der von der Affäre berührten Personen zu wahren. Es war keine Gerichtsverhandlung im üblichen Sinne, obzwar sie in der Form von einer solchen kaum verschieden war, sondern nur eine gerichtliche Untersuchung. Der Generalstaatsanwalt, Sir Hartley Shawcross, trat als Anwalt der Krone bzw. der Regierung auf und unterschied sich in nichts von einem öffentlichen Ankläger. Sir Hartley erwies sich als vielleicht der hervorragendste Jurist des Königreiches. Seine Schlußrede, die über sieben Stunden dauerte, war darauf bedacht, keine direkten Anschuldigungen gegen die in die Affäre verwickelten Regierungsmitglieder zu erheben. Er pries das Verfahren als einen Beweis, daß in England noch immer jede Korruption verabscheuenswert sei und jede Regierung auf die Reinhaltung der öffentlichen Verwaltung bedacht sei, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit etwa betroffener Personen. Sir Hartley hatte keinen leichten Stand, da alle Hauptpersonen der Korruptionsaffäre Mitglieder der regierenden Labour Party waren. Der Staatssekretär im Handelsministerium, Belcher, hat aufgrund der Ergebnisse der Untersuchung bereits resigniert. Er war neben dem eigentlichen "Angeklagten" Sidney Stanley die Hauptperson. Eine unzweifelhaft aufrichtige Freundschaft verband ihn mit Stanley, der sich als wohlhabender Geschäftsmann ausgab und es verstand, allseits Vertrauen zu erwerben. Es wurde ausgenützt, um Einfluß auf die Erledigung gewisser Anliegen, z.B. Einfuhrbewilligung und anderes, auszuüben. Für die geleisteten guten Dienste, die oft auch nur in der Einführung von Geschäftsleuten mit besonderen Anliegen bei Ministern bestanden, wurde Stanley entlohnt. Er wiederum machte weit über den Rahmen des Normalen hinausgehende Geschenke an Belcher und andere. Es ist schwer, eine Grenze zu ziehen, wie weit das Verhalten der Minister und insbesondere des Direktors der Bank von England, Gibson, der ebenfalls ziemlich beschuldigt erscheint, als korrupt zu bezeichnen ist, sofern man nicht jede Geschenkkannahme als Korruption bezeichnen will. In manchen Fällen handelte es sich nur um ein Kistchen Zigarren und eine Flasche Whisky, in anderen um eine Schneiderrechnung, um die Aufenthaltskosten in einem Seebad. Rätselhaft in der ganzen Angelegenheit mutet an, daß

Sidney Stanley sich das außerordentliche Vertrauen so einflußreicher Persönlichkeiten erwerben konnte. Sir Hartley Shawcross fand für ihn folgende Charakterisierung: "Er hat ein großes Gedächtnis, weniger für Tatsachen, als für die Unwahrheiten und Phantasien, mit denen er sich in den letzten 30 Jahren beschäftigt hat. Er verkaufte, was gar nicht ihm gehörte, gleichzeitig an mehrere Personen, er kaufte, was er nicht bezahlen konnte, tat als Vertreter von Konzernen auf, mit denen er wenig oder gar nichts zu tun hatte". Der Jahresumsatz auf dem Konto dieses Bankrotteurs betrug 60.000 Pfund. Er ist staatenlos, war bankrott und gegen ihn läuft seit Jahren ein bisher nicht widerrufenes Deportationsbefehl.

Die Zeugeneinvernahmen lieferten während der ganzen Dauer der Untersuchung Schlagzeilen für die gesamte Presse. Soviel von bisherigen Untersuchungen entnommen werden kann, haben die Beschuldigten wahrscheinlich gegen überlieferte Erbegriffe verstoßen, kaum wohl aber gegen das geschriebene Gesetz. Das Tribunal hat nunmehr das Beweismaterial zu verarbeiten und wird dann Bericht und Schlussfolgerungen dem Staatssekretär für das Innere vorlegen. Dieser wird über das weitere Vorgehen und die Einleitung eines evtl. Strafverfahrens entscheiden. Solange diese Entscheidung nicht getroffen ist, fällt die Affäre nicht in den Wirkungskreis der Gerichte. Wie aber auch die Entscheidung ausfallen wird, eines steht fest: daß die Regierung entschlossen ist, ohne Rücksicht auf politische Folgen reinen Tisch zu machen, sofern dazu eine Handhabe vorliegen sollte.

Berliner Magistrat vor schweren Aufgaben

W.B. Berlin, 5. Januar 1949

Am ersten Arbeitstag des neuen Jahres hat sich der Landesparteitag der Berliner SPD mit den Aufgaben befaßt, die sich aus dem Wahlsieg vom 5. Dezember ergeben. Unter einigermaßen normalen Verhältnissen hätte die Berliner Sozialdemokratie ohne der Gefahr einer Volksdemokratie mit umgekehrten Vorzeichen zu erliegen - allein die Verantwortung übernehmen müssen. Heute liegt ein Notstand vor, der durch den kommunistischen Machtanspruch hervorgerufen und durch die russische Blockade verschärft wurde. In dieser Lage tritt die Sozialdemokratie für eine möglichst umfassende sachliche Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte ein. Sie verzichtet damit bewußt in der Verwaltung auf volle Ausnutzung ihres Erfolges. Wenn es bürgerliche Politiker geben sollte, die sich den von der Bevölkerung erkannten Notwendigkeiten verschließen, dann dürfte das weniger tragisch für die Sozialdemokraten sein als für diese Politiker. Die weitest aus größere Wahrscheinlichkeit spricht jedoch für Beteiligung aller drei Parteien sowohl am zentralen Magistrat, wie an den 12 Bezirksämtern der westlichen Stadtbezirke.

Die kommunistischen Spaltungsmaßnahmen haben eine grundlegende Reorganisation der Verwaltung erforderlich gemacht. Sie soll mit einer Vereinfachung der qualitativen Vervollkommenung verbunden werden. Oberstes Gebot aller Organe der Selbstverwaltung ist die Verteidigung der Lebensinteressen der Bevölkerung. In dieses Gebiet gehört die Durchsetzung der einheitlichen Währung für Westberlin, Erweiterung der Bautätigkeit trotz Mangel an Materialien, vor allem auch der Ausbau der sozialen Einrichtungen verschiedenster Art. Trotz sonstiger Einsparungen wird in jedem der westlichen Bezirke ein Bezirksrat ausschließlich mit der Leitung der Jugendaufgaben betraut werden. Der Magistrat wird sich nicht damit begnügen, Berlin notdürftig durch die Blockade zu bringen, er bereitet den späteren Neubau vor und läßt es sich in ganz besonderem Maße angelegen sein, das schon bisher rege kulturelle Leben der Stadt weiter zu entwickeln.

Wirtschaftlich sind den Berliner Behörden durch die Blockade sehr enge Grenzen gesteckt. Über ausgesprochene Notmaßnahmen hinaus werden jedoch auch auf diesem Gebiet wichtige Reformen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Auf der Grundlage des Berliner Wirtschaftskammergesetzes und nach dem Grundsatz der Selbstverwaltung sollen alle Zweige des Wirtschaftslebens in eine sinnvolle Planung einbezogen werden. Dem Magistrat wird darüber hinaus die Aufgabe gestellt zu überprüfen, für welche Unternehmungen im Laufe der Arbeitsperiode praktische Vorschläge für eine gemeinschaftliche Reorganisation unterbreitet werden können. Die Berliner Sozialdemokraten werden ihre westdeutschen Freunde beim Ringen um eine gemeinwirtschaftliche Neugestaltung nicht im Stich lassen. Das Berliner Programm macht es auch klar, daß man nicht bereit ist, der kopflosen Preispolitik zu folgen, die seit der Währungsreform in den Westzonen betrieben wird.

Die Berliner wissen, welche Riesenleistung die Luftbrücke jeden Tag erneut vollbringt. Nichtsdestoweniger hielt es die SPD für erforderlich, daß eine größere Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten erreicht wird, damit die Berliner Wirtschaft nicht zum Erliegen kommt. Deutsche Stellen sollten bei der rationalen Ausnutzung des Frachtraumes zu Rate gezogen werden. Für die Dauer der Blockade ist auch eine strenge Kontrolle der Berliner Handelsverbindungen erforderlich. Die Wieder-Errichtung der Berliner Kommandantur durch die Westalliierten ist als ein beträchtlicher Fortschritt anzusehen. Diesem Schritt müßte die Aufhebung der westlichen Sektorengrenzen und die Selbstbeschränkung der Kommandantur auf Kontrollfunktionen und damit eine Stärkung der demokratischen Selbstverwaltung folgen.

Das Verbrechen an den Deutschen im Ausland

sp. Als eine der unerträglichsten Hypothesen liegt auf dem Jahre 1949 die Ungewissheit über das Schicksal von einer halben Million deutschen Menschen, Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, die heute in der Sowjetunion leben, hoffentlich leben. Der Telegrammwechsel zwischen den westlichen Mächten und Rußland aus diesem Anlaß war nur die offizielle Bestätigung eines Tatbestandes, der täglich und stündlich viele Millionen von Angehörigen dieser Unglücklichen brennend beschäftigt. Die Art, in der die Sowjets die berechtigten Vorwürfe der anderen zurückwiesen, war nur ein neuer Beweis für ihre bisherigen, bis zur Verlogenheit unklare Haltung in dieser Frage.

Gerade in den zurückliegenden Tagen des Weihnachtsfestes und der Jahreswende sind eine Fülle von bisweilen einander schroff widersprechenden Kriegsgefangenen-Ziffern veröffentlicht worden.

Die letzten Monate des Jahres 1948 sahen beispielsweise folgendermaßen aus: im Oktober kamen rund 15 000 zurück, im November waren es 22 000, im Dezember bis Weihnachten sogar nur 10 000, also um die Hälfte weniger als im Oktober, der schon der Monat mit der ungünstigsten Zahl überhaupt gewesen ist. Hinzu kommt, daß in alle genannten Ziffern die Zivilinternierten einbeschlossen sind, die im Durchschnitt zwischen acht und 15 Prozent ausmachen. Diese Relation ist auch am 31.7.1947 von der deutschsprachigen Sowjetzeitung "Tägliche Rundschau" ausdrücklich bestätigt worden.

Als Gesamtdefizit nicht zurückgekehrter Kriegsgefangener ergibt sich nach sorgfältigen Berechnungen eine Zahl von rund 430 000, wenn man die von Molotow im Frühjahr 1947 angegebenen rund 890 000 als wahr unterstellt, was sehr kühn ist. Dazu würden nach dem erwähnten Durchschnitt noch etwa 40 - 50 000 Zivilinternierte kommen.

Die ganze Situation wird dadurch erheblich verschlechtert, daß die Russen in letzter Zeit eine ganze Reihe von Sonderlagern eingerichtet haben für Angehörige früherer deutscher Polizeieinheiten, SS-Formationen und solche Kriegsgefangenen, die zur Zwangsarbeit verurteilt worden sind. Bisher sind 9 davon bekannt geworden, die zumeist im Donezgebiet, im Kaukasus und in Sibirien liegen. Sie liegen bei den Orten bzw. in Rudnicki, Wladimir, Taschkent, Kawabes, Karaganda, Petschowa, Irkutsk, Monotschogorsk und Tscheskasgan. Dies letzte ist das bekannteste Lager, aus dem die meisten Mitteilungen vorliegen, 90 km von der mongolischen Grenze entfernt. Hier allein sind etwa 12 000 Mann inhaftiert.

Die Insassen der erwähnten Sonderlager sind unter dem Gesichtspunkt ausgewählt worden, daß sie für eine Heimkehr einstweilen nicht infrage kommen. Auch in diesem Punkt besteht gerade für die Westmächte, die heute die deutschen Hoheitsrechte ausüben, die Verpflichtung, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Rußland an seine Verpflichtungen zu erinnern.